

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Posten 2,50 RM., bei Vorbestellung gegen Nachnahme 2,75 RM. Einzelnummern werden nach Möglichkeit annehme bis norm. 10 Hbr. durch Fernpost übermittelten Anzeigen übersehen mit keine Garantie. Jeder Anzeigensprei ist erhöht, wenn der Verlag durch die Anzeigen einen Gewinn erzielt. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 8
Anzeigenpreis: die 5-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Nachverlängerung 20 Reichsmark. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 118 — 89. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 22. Mai 1930

Diener der Gesamtheit.

Der Berliner Oberbürgermeister wegen schuldhafter Überhebungen seines Amtes entbunden — das ist doch eine Nachricht, die nicht bloß in Deutschland selbst alles aufschreckt. Der Oberbürgermeister der Hauptstadt des Deutschen Reiches von einem Gericht zur Dienstentlassung verurteilt, wenn ihm auch sozusagen „mildernde Umstände“ zugebilligt wurden — das ist ein Ereignis, vor dem selbst ein Ven Aliba die Sprache verlieren muß; das ist noch nicht dagewesen. Und wird hoffentlich auch nicht wieder geschehen müssen. Leider ist es nur ein Anfang gewesen bei der Arbeit des Gerichts, nicht nur aufzudecken, was an unerfreulichen, ja schmachvollen Vorwissen in der Berliner Stadtverwaltung wirklich oder angeblich sich ereignen konnte, sondern die Schuldigen vor allem ihrer Strafe zuzuführen. Denn der Bezirksauschuß, der über dem Berliner Oberbürgermeister moralisch den Stab brach, hat ja nur unterzucht und ein Urteil fällen müssen über den Angeeschuldigten als Beamten. Daß er aus dem Dienst entlassen wurde, ist geschehen, weil er seines Dienstes Pflichten versäumt hat. Besondere Schutzbestimmungen des Strafrechts umgeben die Ehre des Beamten, aber nur deswegen, weil ihm auch ganz besondere Pflichten auferlegt sind, dienstlich und außerdienstlich. In Beamten repräsentiert sich die Staatsgewalt und deren Würde ist in seine Hand gegeben, um ein bekanntes Dichtervort zu variieren, das aber mit der Mahnung schließt: „Bewahret sie!“ Der Oberbürgermeister des Reiches erler, nach außen hin sichtbar Oberbürgermeister aber hatte ganz besonders die Pflicht, diese Würde zu bewahren. Nach dem Urteil des Gerichts hat er das nicht getan und wurde darum seines Amtes entleidet.

Preussische Beamte waren es, die dies Urteil fällten, befreit von dem Willen, nirgends haltzumachen, wo sie Schuld feststellen müßten, und sei es ganz hoch droben auf der Stufenleiter der Behördernorganisation. Taß dies nicht in und vor aller Öffentlichkeit geschah, weil das Disziplinarverfahren für die nichtrichterlichen Beamten immer noch hinter verschlossenen Türen vor sich geht, mag die Gründe des Urteils in Einzelheiten nicht erkennen und von der Öffentlichkeit nachprüfen lassen. Aber eine derartige Kontrolle wäre nur vorzuziehen, wenn irgendwo auch nur die Spur eines Verdachtes bestände, daß dieses Beamtengericht irgend etwas verunsichere oder irgendwie partiell urteilen wollte. Aber diese Vermutung, diesen schon unangenehmsten Verdacht durfte niemand hegen. Sondern aufrichtig, ohne jegliche Ausnahme, war man der Meinung, daß hier trotz des veralteten Verfahrens Recht und nur Recht gefunden und gesprochen wird nicht nur aus dem Willen heraus, Sühne für die Verletzung der Beamtenlehre über den Schuldigen zu verhängen, aber nur, soweit nicht bloß objektive, sondern auch subjektive Schuld vorliegt, und der Spruch des Gerichts, die Verwaltung der Fünfmillionenstadt wirklich zu leiten und als starkes Argument gegen einen dem Preussischen Landtag vorliegenden und demnächst zur Beratung kommenden Gesetzentwurf angeführt werden, durch den an die Stelle der kollegialen Magistratsverwaltung der Oberbürgermeister als einzig verantwortlicher Lenker der Stadtgeschicke gemacht werden soll. Die „Bürgermeisterverfassung“ des deutschen Westens ist — napoleonischen Ursprungs und es fragt sich sehr, ob wir angesichts der kommunalen Niesensammenballungen Männer haben, die nicht bloß „an der Spitze“ dieser Großkommunen stehen, sondern sie auch wirklich und verantwortlich leiten und leiten können, zumal sich ja die kommunalen Verwaltungsaufgaben überall ganz außerordentlich erweitert haben.

Gewaltig ist daher auch die Zahl der Beamten angewachsen und da ist es verständlich, daß auch so mancher in diesen Stand hineinkam, der nicht hineingehörte; daß man da an der Oberfläche. Furchtbar wäre es, wenn das deutsche Volk das Vertrauen darauf verlieren könnte, daß der Gesamtheit zu sein, im Beamtentum im Schwinden verlischt oder gar schon verschwunden sei. Gewiß sind schwere Verletzungen vorgekommen, gewiß ist deren Zahl sehr groß, — aber doch nur ganz gering gegenüber den vielen hunderttausend Beamten, denen Pflichten, Ehrlichkeit, Sauberkeit, Zuverlässigkeit als selbstverständliches sind, ein Weg ist, von dem sie nicht abzuweichen entschlossen bleiben. Und man ist nicht zu weit, wer seine Beamtenlehre nicht zu wahren wußte, wußte noch herrlich, braucht trotz jener Einzelsfälle das deutsche Volk das Vertrauen zu seinen Beamten nicht aufzugeben.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Berlin, 21. Mai. Wie man erfährt, werden die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Genfer Abkommen zur Abklärung der Ein- und Ausfuhrverbote am kommenden Freitag in Berlin beginnen.

Deutschlands geringe Wehrhaftigkeit

Gröner über Deutschlands Reichswehr

Die Aufrüstung der Wehrmacht.

Berlin, 21. Mai.

Sicher würde derjenige fehlgehen, der etwa die Behauptung aufstellen würde, die Angelegenheiten des Verkehrs, der Ausgestaltung der Reichsbahn, der Land- und Wasserwege, der Kraftfahrzeuge, der Bewegung in der Luft wären nebengeordnete Dinge. Sie sind von außerordentlicher Bedeutung für das Gedeihen der nationalen Wirtschaft. Über Beratungen darüber bringen gezwungenermaßen in erster Linie Berechnungen und statistisches Material. Diese eignen sich weniger zu hohem, ideellem Flug, noch geringer zu sensationellen Nervenerregungen. Deshalb konnte es kaum überraschen, wenn in den letzten Tagen der Verhandlungen im Reichstag über den Etat des Verkehrswezens viel sachliche Ruhe herrschte, kein elektrischer Funken von der Rednertribüne sprühte.

Andererseits schon entwickelt sich das Bild im Parlamente, wenn der Reichswehrminister auf den Plan tritt, um den ihm zur Verwaltung anvertrauten Haushalt der Landmacht und der Flotte zu begründen und zu verteidigen. Da ist die Überzahl der Abgeordneten pünktlich am Platz. Da erschallt Verfall und Widerspruch je nach Parteistellung von dort oder hier. In gewählter, aber bestimmter Weise entlarvt Gröner die im Aus- und Inland transportierten Gerichte von deutschen Angriffsgeländen als absurd, erklärt die Notwendigkeit, die durch den Versailler Frieden für Deutschland übriggebliebenen Rüstungsmöglichkeiten voll auszunutzen zu müssen, lehnt drastische Vergleiche zwischen dem in Waffen stehenden Europa und der heimischen Machtlosigkeit, erinnert an die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit schon in Familie und Schule, wie sie in Italien, Frankreich, Polen und sogar der Türkei geübt wird. Auf diesem Gebiete vielseitig gerade für Waffen und Munition zu sparen, steht er nach den Erfahrungen des letzten Krieges geradezu als eine Dummheit an.

Das Gegenteil von Übereinstimmungen mit den Worten des Ministers drängen die zu ihm aufstrebenden Juristen von links aus. Der Schluss der Ministerrede wird von Verfall aus den Rechtsbänken begleitet, die Linke schwelgt. Als Gröner wieder zwischen seiner aus Reichswehr- und Marineuniformträgern gebildeten Suite Platz genommen hat, beginnt der sozialistische Abgeordnete Schöpfkin, dessen Ausführungen an Kritik und Ablehnung nichts zu wünschen übriglassen. Letzter Vorbed, der deutsch-nationale Vertreter, findet mehr Anerkennung für den Reichswehrminister und verlangt die äußerste Anspannung in der Sorge für Heer und Marine.

Sitzungsbericht.

(169. Sitzung.) CB Berlin, 21. Mai.

Der Gesetzentwurf über die Veteiligung des Reiches an der Mobilisierungsanleihe, von den Regierungsparteien eingebracht, ermächtigt den Reichsfinanzminister, bis zu 100 Millionen Dollar Anleihe zu machen. Der Gesetzentwurf wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache gegen die Kommunisten angenommen.

Das Haus beginnt dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Es liegen dazu Hunderte von Abänderungsanträgen, hauptsächlich zur Streichung von einzelnen Positionen, vor. Die Kommunisten haben 20, die Sozialdemokraten 100 solcher Anträge eingebracht. Die Deutschnationalen beantragen, beim Marinehaushalt die gestrichene erste Rate für das Panzerschiff B wieder einzusetzen.

Das Wort nimmt sofort nach dem Berichterstatter Dr. Stäffen (Zos.) der

Reichswehrminister Dr. Gröner.

Im Anfang seiner Ausführungen geht der Minister auf die vielfach im Ausland verbreiteten Behauptungen von militärischen Angriffsgeländen Deutschlands ein. Diese Behauptung werde sogar bei uns im Vaterlande vertreten. Unter den gegebenen Verhältnissen wirkt sie geradezu absurd. Deutschland ist abgerüstet und seine Wehrmacht ist eine andere geworden. Das ist um so klarer, wenn man bedenkt, daß die Friedensstärke Frankreichs und seiner Verbündeten etwa 1 200 000 Mann beträgt, die Kriegsstärke 9 650 000 Mann. Dazu kommen die Riesenzahlen der Flugzeuge, der Tanks und der schweren Geschütze. Erstlich ist es dabei, daß in Frankreich auch Stimmen laut werden, die die geringe Wehrhaftigkeit Deutschlands tadeln. Der neue Chef des französischen Generalstabes, General Beugnot, den wir ab 1918 als ritterlichen Gegner kennengelernt haben, setzt anscheinend seine große Autorität dafür ein, daß unbegründete Angaben von der deutschen Gefahr verstümmen. Trotzdem wir sozusagen wehrlos sind, stehe ich auf dem Standpunkt, fährt der Minister fort, daß alles geschehen muß, um

gegen eine Verletzung unserer Neutralität und gegen jeden Gebietsraub auftreten zu können.

Wären wir dazu nicht imstande, so würde uns auch der Völkerverbund nichts nützen. Wir müssen die Rüstungsmöglichkeit, die uns durch den Versailler Vertrag verbüßt, ausschöpfen. (Bewegung im Hause.) Wir halten die Wehrhaftigkeit unseres Volkes für eine wichtige Aufgabe des Reiches wie der Länder. Man muß auch bedenken, daß Wehrhaftigkeit im modernen Sinne schon

bei der Jugend in Familie und Schule beginnen muß. Dazu werden in Russland, Italien, Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei, selbst in der Türkei, bedeutende Anstrengungen gemacht. Ferner gibt es gar keine Zweifel, daß wir entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages, nach denen wir abgerüstet haben, einen Anspruch auf die Abrüstung der anderen besitzen. Tatsächlich aber hat die Abrüstung draußen bis heute keinen Fortschritt gemacht. Wir haben in Deutschland selbst wohlunterrichtete Schnäffler

genug, wie die Kölnische Zeitung kürzlich schrieb, die ein Wandeln auf verbotenen Wegen zu einem kurzen Vergnügen machen würden. Die Kontrolle von gewissen linksradikalen Kreisen ist wirksamer, als jede ausländische Überwachung es sein könnte. Bei uns machen die Wehrausgaben 4 Prozent des ganzen Haushalts aus, in Frankreich 27 Prozent, in Polen 29,3 Prozent, in der Tschechoslowakei 20 Prozent. Wir geben auf den Kopf der Bevölkerung 11 Mark aus, Frankreich 57,5 Mark (hört, hört! rechts), Polen 17 Mark. Wenn man sich das vor Augen führt, wird es klar, daß wir trotz des teuren Vertriebes verhältnismäßig wenig für die Wehrmacht ausgeben. Ich stehe auf dem Standpunkt: Jede Möglichkeit muß ausgenutzt werden, sobald sie einen Zuwachs für die Landesverteidigung bringt.

In bezug auf die Frage nach der Haltung der Wehrmacht im Staate

stelle ich fest, daß jede Forderung der Wehrmacht von mir in der schärfsten Weise bekämpft wird. Ganz unparteiisch muß dabei verfahren werden. Und, daß ich so verfare, zeigt die Gegnerschaft, die ich persönlich sowohl von kommunistischer wie von nationalsozialistischer Seite erfahre. Durch solche Angriffe werde ich mich in keiner Weise in meinen Pflichten und in meiner Tätigkeit beeinflussen lassen. Trotz aller Kritiken ist bei uns das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften ausgezeichnet. Auch das Verhältnis der Reichswehr zur Bevölkerung ist gut. Wir hoffen, daß es immer noch besser gehalten wird. Unter starkem Widerspruch erklärt darauf der Reichsminister, der Etat sei jetzt so angepaßt, daß er für die nächsten Jahre eine Mehrbewilligung erschaffe.

Wenn man vielfach sage, an Waffen und Munition müsse gespart werden, so sei das eigentlich die größte Dummheit, die man machen könne. Das habe man im Weltkrieg erfahren. Der Minister richtet an den Reichstag die Bitte, ihn in seinem Bestreben, sowohl den Wehretat wie die Wehrmacht zu vergrößern, zu unterstützen. Stabilität auf lange Zeit sei für unseren Wehretat notwendig. Man könne unmöglich sich von Jahr zu Jahr Schwankungen aussetzen. Der Minister behält sich zum Schluß vor, auf Einzelheiten während der Debatte noch einzugehen. (Pravos! rechts.)

Sozialdemokraten und Reichswehr.

Abg. Schöpfkin (Zos.): Die Reichswehr ist militärisch gar nicht so schwach, wie der Minister und andere Leute es hinzustellen versuchen. Die militärische Kraft unserer Reichswehr wächst von Jahr zu Jahr. Sie wird ihrem Zweck, unsere Grenze im Notfall zu verteidigen, vollaus gerecht. Eine Wehrmacht, die etwa zu einem Anaristkrieg führen könnte, wollen wir nicht. Die Sozialdemokratie will alles zum Schutze des Landes tun, sie ist aber nicht der Meinung des Ministers, die Möglichkeiten des Versailler Vertrages müssen durchaus ausgeschöpft werden. Das stände in Widerspruch zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Deshalb haben die Vergleiche des Ministers mit anderen Ländern überhaupt keinen Wert, da wir uns in einer sozialen Notlage befinden und die Reparationskosten zahlen müssen. Noch mehr als im Vorjahre stehen im jetzigen Wehretat die Ausgaben in starkem Gegensatz zur Finanzlage. Bei diesen Positionen müssen Streichungen beantragt werden. Im einzelnen muß das Beschwerderecht der Soldaten besser werden. Der Minister muß sich auch äußern zu der Mitteilung des jugenddeutschen Führers Mahraun, die Reichswehr stände in enger Fühlung zu der bolschewistischen Armee in Sowjetrußland.

Die wehrhafte Sammlung der Nation.

Abg. von Lettow-Barbed (Dm.): Die Reichswehr soll der Gesamtheit des Volkes dienen und den Kern abgeben für die wehrhafte Sammlung der Nation. Sie soll der Träger des nationalen Gedankens sein. Bei aller Anerkennung der Leistungen der Reichswehr können wir nicht verhehlen, daß man in der Sparhaftigkeit viel zu weit gegangen ist. Unerträglich ist es, weitgehende Streichungen auch nur in Erwägung zu ziehen. Sehr zu bedauern ist es besonders, daß so knappe Mittel für die Wanderversicherung werden. Die Baukosten für das Panzerschiff B wird von der Regierung selber nicht mit einer Festigkeit vertreten, die von unserem und vom Standpunkt der Allgemeinheit aus gewünscht werden muß. Wir wollen einen Wehrwillen, der die Freiheit der Nation zum Ziele hat. Das Fundament für diesen Wehrwillen muß schon in der Jugend und in der Schule geschaffen werden. Schlimm erscheint uns der Geist, der jede Möglichkeit, eine Wehrhaftigkeit in Deutschland zu schaffen, legal oder illegal an die Öffentlichkeit zerrt und damit nur der eigenen Nation schadet. Nationale Pflicht ist es, die gegebenen Wehrmöglichkeiten auszuschöpfen.

Inzwischen ist ein Nichtvertrauensantrag gegen den Reichswehrminister Gröner von den Kommunisten eingegangen. Reichswehr und Staat.

Abg. Erling (Ztr.): Die Hälfte des Wehrhaushalts umfaßt Personalausgaben. Wesentliche Ersparnisse können also nur durch Verminderung der Zahl der Soldaten erreicht werden. Für diese Verminderung werden wohl auch die Sozialdemokraten nicht eintreten wollen. Dem Friedensgedanken wird nicht genügt dadurch, wenn deutsche Zeitungen von geheimen Rüstungen reden. Abg. Erling bedauert, daß die Abrüstung der übrigen Staaten keinen Fortschritt gemacht hat. Auch die Hoffnungen auf die englische Arbeiterregierung haben sich nicht erfüllt. Deshalb ist es erstausst, wenn die sozialistische Internationale in Berlin gegen den geplanten Bau des deutschen